Die vielen Formen des Krieges am Horn von Afrika

von Jonna Schürkes

Die jüngsten Sicherheitsstrategien der Europäischen Union, der USA, Deutschlands und anderer westlicher Staaten skizzieren das Bild einer Welt voller diffuser Bedrohungen. Dennoch scheint das neue strategische Konzept der EU für die Region am Horn von Afrika (verabschiedet Mitte November 2011) eine Quelle dieser Bedrohungen lokalisiert zu haben: „Das strategische Konzept erkennt die Notwendigkeit an, die Bürger Europas vor den Bedrohungen, die von Teilen dieser Region ausgehen, zu schützen. Dazu gehören der Terrorismus, die Piraterie, die Verbreitung von Waffen, ebenso gemeinsame Herausforderungen wie die Migration und der Klimawandel."[1]

Auch die Ursachen der Bedrohungen sind identifiziert: Die Jugendarbeitslosigkeit führe zu einer „Radikalisierung oder Mobilisierung durch politische Gruppen, die es für angebracht halten, externe Kräfte für interne Probleme verantwortlich zu machen". Die Migration sei vor allem in hohen Geburtenraten, politischen Unruhen und dem traditionellem Nomadismus begründet, die „Abwesenheit von Rechtsstaatlichkeit und das administrative Vakuum in Somalia" sei ebenso wie die schlechte Regierungsführung in der Region für Terrorismus und Piraterie verantwortlich etc.

Die Antwort der EU ist, die unterschiedlichen Instrumente – von der Entwicklungshilfe bis hin zur militärischen Intervention - zu bündeln, mit dem Ziel diese Bedrohungen abzuwenden bzw. zumindest dafür zu sorgen, „dass die Unsicherheit in der Region nicht andere außerhalb deren Grenzen bedroht".

Tatsächlich hat die EU mit der Bündelung ihrer unterschiedlichen Instrumente bereits begonnen: Derzeit laufen zwei EU-Missionen am Horn von Afrika, eine weitere ist in der konkreten Ausplanung. Die Koordination der zivilen und militärischen Instrumente soll ein „Operationszentrum für das Horn von Afrika" übernehmen, das seine Zentrale offenbar in Uganda haben wird.[2] Darüber hinaus unterstützt die EU bzw. ihre Mitgliedsstaaten auf verschiedenste Weise all jene Kräfte in der Region, bei denen die Hoffnung besteht, sie nutzen diese Hilfe, um die Interessen des Westens am Horn von Afrika durchzusetzen.

Es sind allerdings nicht nur die EUropäischen Staaten, die versuchen, die Region unter Kontrolle zu bringen. Vielmehr tummeln sich in und vor Somalia unzählige ausländische Truppen, Militär- Polizei- und Geheimdienstberater, die alle mehr oder weniger unterschiedliche Interessen verfolgen.

Der Versuch der zahlreichen Akteure, die Kontrolle über Somalia, den Golf von Aden und das gesamte Horn von Afrika zu erlangen, führt nicht nur zu einer Militarisierung der Region und zur Eskalation der dortigen Konflikte, sondern legt auch den Grundstein für zukünftige Auseinandersetzungen. Das Wohl der Bevölkerung in Somalia und den anderen Staaten am Horn von Afrika bleibt dabei auf der Strecke.

Die Hungersnot – eine Gelegenheit den Bürgerkrieg militärisch zu gewinnen?

Nachdem die somalische Übergangsregierung (TFG) auch mit der Unterstützung von mehreren tausend Soldaten der Mission der Afrikanischen Union für Somalia (AMISOM) lange Zeit nur das Viertel um den Regierungspalast und den Hafen kontrollierte, wurde im August 2011 die „Al Shabaab" offiziell aus der Hauptstadt vertrieben. Seither wird Mogadischu offenbar von der AMISOM und den „Sicherheitskräften" der TFG kontrolliert.[3] Bei der Al Shabaab handelt es sich um einen Teil der Union Islamischer Gerichtshöfe (UIC), welche 2006/2007 durch die militärische Intervention Äthiopiens mit westlicher Unterstützung gestürzt worden war. Im Anschluss zerbrach die UIC, wobei sich ein Teil an den Friedensverhandlungen von Dschibuti 2008 und an der dort neu aufgestellten Übergangsregierung beteiligte. Die Al Shabaab[4] hingegen führte den bewaffneten Kampf gegen die TFG fort.

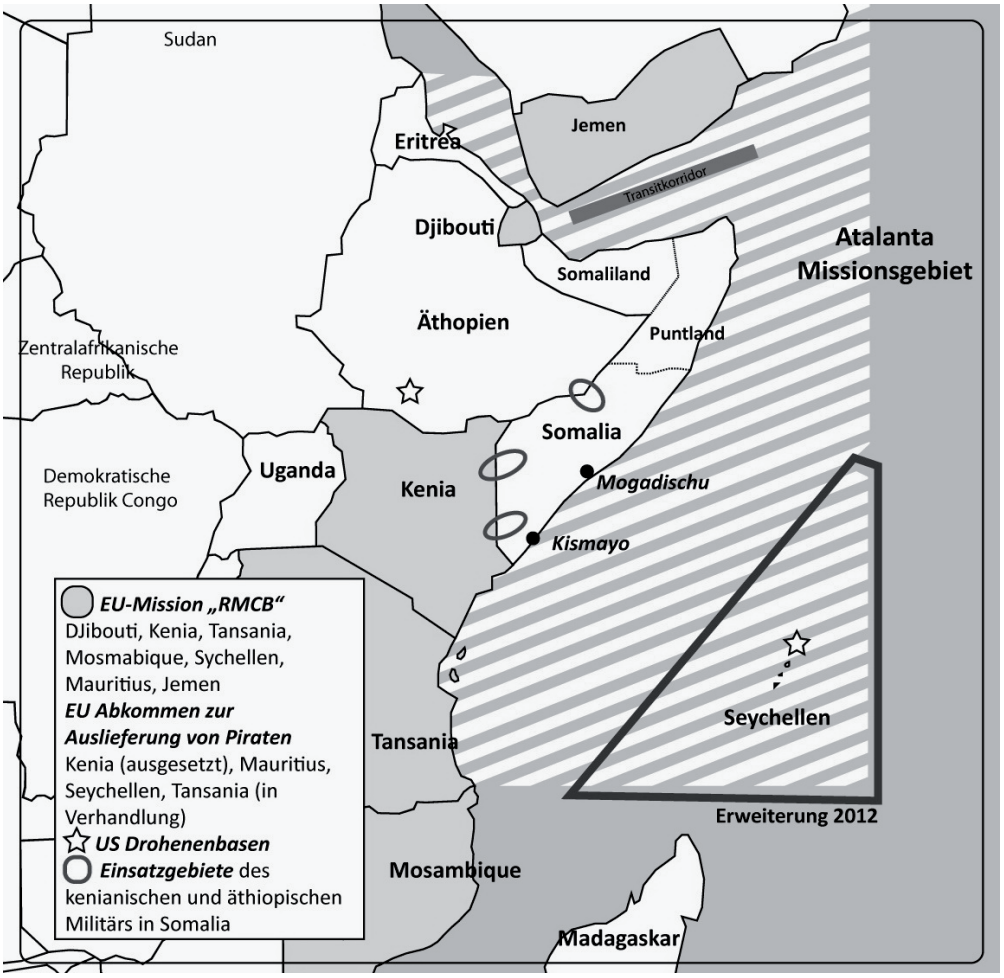
Der Grund für den jetzigen Rückzug aus Mogadischu wird vor allem in einer generellen Schwächung der Al Shabaab gesehen. Ursache dafür sei die Hungersnot, welche in der zweiten Hälfte 2011 in Ostafrika und vor allem in Somalia herrschte. Die Unterstützung der Bevölkerung für die Miliz sei vor allem aufgrund der Tatsache geschwunden, dass Menschen in den von der Al Shabaab kontrollierten Gebieten kaum Hilfe durch internationale Hilfsorganisationen erhalten hätten. Diese hätten horrende Bestechungsgelder an die lokalen Herrscher zahlen müssen bzw. ihnen sei komplett der Zugang zu den Gebieten verweigert worden. Die Al Shabaab argumentierte, die Hilfsorganisationen nutzten die Not der Menschen für missionarische Ziele und zur Schwächung der Al Shabaab.[5] Zumindest im letzteren Punkt scheint die Befürchtung nicht ganz unbegründet zu sein, wurde doch von verschiedener Seite davon gesprochen, die akute Nahrungsmittelknappheit würde den (militärischen) Sieg über die Miliz ermöglichen: „Die Hungersnot ist eine Gelegenheit, unsere Kontrolle auszuweiten, sagte der Premier-Minister Abdiweli Mohamed Ali der [us-amerikanischen Zeitschrift] Time. 'Je schwächer [Al Shabaab] ist, desto mehr werden wir erreichen'. Ein Militärberater der TFG bestätigte, dass die TFG verhindern wolle, dass Hilfsgüter bis zum Sieg über die Al Shabaab nach Südsomalia gebracht würden. Diesen Punkt unterstreichend sagte General Yusuf Mohammed Siad, besser bekannt als Inda'ade: 'Wir können dort keine Lebensmittel hinbringen. Sie haben nichts, sie können nicht kämpfen. Was wir jetzt tun müssen, ist sie zu vertreiben. Danach werden wir Lebensmittel dort hinbringen'"[6] Auch Hilfsorganisationen wie die Deutsche Welthungerhilfe sahen in der Hungerkatastrophe ein „Gelegenheitsfenster" zur Schwächung und Vertreibung der Al Shabaab.[7]

Die Gründe dafür, dass die Nahrungshilfe nicht in den Gebieten der Al Shabaab ankam, lagen also nicht nur am Verhalten dieser Miliz. Zumal vor allem us-amerikanische Organisationen offenbar befürchten mussten, juristisch belangt zu werden, sollten sie die Bevölkerung in eben jenen Gebieten unterstützen. 2008 wurde die Miliz aufgrund ihrer mutmaßlichen Verbindungen zu Al Qaida in den USA auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt. Dies verbietet es NGOs, diese Gruppe – auch indirekt – zu unterstützten.[8] Ein Reporter der BBC berichtete Anfang August 2011: „[...] ich habe mit vielen lokalen und internationalen NGOs gesprochen, die beachtlichen Erfolg dabei hatten, die Hungernden in den Al Shabaab Gebieten zu versorgen, ohne 'Steuern' an die lokalen Machthaber zahlen zu müssen. Privat sagten mir viele, die Restriktionen durch die US-Gesetzgebung sei das eigentliche Hindernis"[9] Auch wenn die US-Regierung die Restriktionen im August 2011 aufhob[10], „zeigten sich die Organisationen weiterhin besorgt, dass sie dennoch gegen us-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

amerikanische Gesetze verstoßen oder dem Angriff durch Parteien in den USA ausgesetzt sein könnten. Daher blieben viele Organisationen untätig, anstatt den hungernden Menschen die verzweifelt benötigte Hilfe zu gewährleisten".[11]

In Reaktion darauf veröffentlichten am 21. September 2011 zwanzig Hilfsorganisationen einen offenen Brief, in dem sie dazu aufforderten, sämtliche Hindernisse für Hilfsmaßnahmen auch von Seiten der „Geberstaaten" zu beseitigen. Zudem forderten sie dazu auf, die Gelegenheit zu nutzen, um mit der Al Shabaab einen Waffenstillstand auszuhandeln.[12] Dem wurde der deutschen Bundesregierung zufolge allerdings nicht entsprochen. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag erklärte sie, dass sie keinerlei Initiative ergriffen habe, um auf ein solches Abkommen hinzuwirken. Auch seien ihr keine anderen Staaten oder Organisationen bekannt, die dies versucht hätten.[13]



Kriegsgebiet Horn von Afrika, Grafik: IMI

Terrorgefahr im Eigenbau – Kenias Einmarsch in Somalia

Ganz im Gegenteil: Sowohl der kenianische Präsident, Mwai Kibaki, als auch der äthiopische Premier, Meles Zenawi, - beides enge Verbündete der EU und der USA - schickten während der Hungerkrise Soldaten ins Nachbarland. Kurz vor dem Einmarsch in Somalia erklärte Kibaki: „Der kürzlich erfolgte Rückzug der Al Shabaab aus der somalischen Hauptstadt Mogadischu ist eine günstige Gelegenheit für die Internationale Gemeinschaft, ihre Anstrengungen zu erneuern. Dadurch dass Al Shabaab Hilfsorganisationen den Zugang zu den [von der Hungerkatastrophe besonders betroffenen] Regionen verweigert und tausende von Leben in Gefahr gebracht hat, verliert die Gruppe an Unterstützern".[14] Mitte Oktober 2011 startete dann die Operation Linda Nchi. Mehrere tausend kenianische Soldaten marschierten nach Somalia ein. Auslöser war offiziell die Entführung zweier spanischer Mitarbeiterinnen von Ärzte ohne Grenzen aus Dadaab, dem größten Lager für somalische Flüchtlinge in Kenia. Sie seien von Al Shabaab-Kämpfern in die Hafenstadt Kismayo verschleppt worden. Die Offensive war aber offenbar schon längere Zeit geplant: „Verschiedene Quellen stimmen darin überein, dass die kenianische Intervention schon 2010 diskutiert und entschieden wurde und dann mit westlichen Partnern, vor allem den USA, aber auch Frankreich abgesprochen wurde. Nairobi scheint die Entführungen der Ausländer durch somalische Truppen als Ausrede genutzt zu haben, eine bereits beschlossene Operation zu starten."[15]

International wurde die militärische Intervention kaum kritisiert. Weder die Europäische Union, noch die USA oder die UN verurteilten öffentlich das Vorgehen. Nur der Präsident Somalias Sharif Sheikh Ahmed erklärte, man könne den Angriff auf die Souveränität Somalias nicht akzeptieren.[16] Andere Mitglieder der TFG begrüßten hingegen den Einmarsch der Truppen.

Seit Jahren hat Kenia vor allem mit der Ausbildung und Bewaffnung von somalischen Milizen[17], die im Grenzgebiet zu Kenia gegen die Al Shabab kämpfen, versucht, diese Miliz aus der Region zu vertreiben.[18] Da dies offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg brachte, soll nun das kenianische Militär eine Pufferzone zur kenianischen Grenze schaffen, aus der Al Shabaab vertrieben werden soll. Dies soll sowohl die Angriffe durch diese Gruppe in Kenia erschweren als auch die Voraussetzung dafür schaffen, in dieser Zone Flüchtlingslager aufbauen zu können, um zu verhindern, dass weiterhin Menschen aus Somalia nach Kenia flüchten.[19] In der Region soll dann eine autonome Region entstehen, mit der Hauptstadt Kismayo und unter der Herrschaft von Mohamed Abdi Mohamed, ehemaliger Verteidigungsminister der TFG – so die Vorstellung der kenianischen Regierung.[20] Nicht nur die derzeitige somalische Übergangsregierung, auch die Regierung Äthiopiens ist über diese Ziele Kenias nicht besonders erfreut[21]. Künftige (gewaltsame) Konflikte sind daher vorprogrammiert.

Mit der logistischen Unterstützung Frankreichs,[22] das die kenianischen Truppen und deren Ausrüstung von Nairobi an die Grenze zu Somalia verlegte, konnte die Armee innerhalb kurzer Zeit die Al Shabaab aus einigen wichtigen Städten vertreiben. Die Intervention und die Kämpfe gegen die Miliz verursachten sowohl bei der somalischen als auch der kenianischen Bevölkerung weiteres Leid. Immer wieder wurden auch Zivilisten vom kenianischen Militär unter Beschuss genommen und getötet: So beispielsweise am 30. Oktober 2011, als Bomben über dem Flüchtlingslager Jibil abgeworfen wurden. Grund dafür war offensichtlich,

Militär und Polizeihilfe für Somalias Nachbarn

Kenia:

Die Regierung in Kenia erhält vor allem im Zuge des „Globalen Kriegs gegen den Terror“ von den USA zahlreiche Unterstützung zur Effektivierung ihrer Repressionsorgane, die Geheimdienste der beiden Länder arbeiten eng zusammen, regelmäßig finden gemeinsame Militärübungen statt und die USA finanzierte teilweise die Ausbildung und Ausstattung der Antiterrorpolizei in Kenia (ATPU), die sich vor allem dem Kampf gegen die Al-Shabaab widmet. Seit 1992 unterhalten die USA eine Marinebasis (Manda Bay), die nun weiter ausgebaut werden soll.[1]

Tabelle: U.S.-Hilfen für Somalia (in 100 US$)

	2009	2010	2011*	2012*
Gesamt	403.838	152.176	84.958	82.371
klassische Entwicklungshilfe (Gesundheit, Nahrung)	157.237	47.8723	27.368	27.371
militär. Ausbildungshilfe	-	-	40	-
Programm zur Drogenbekämpfung	-	-	2.000	2.000
Antiterrorprogramm	-	2.353	2.000	-
Friedensmissionen	246.600	102.000	53.550	51.000

*veranschlagt

Quelle: *Ted Dagne: Somalia - Current Conditions and Prospects for a Lasting Peace, CRS, August 2011.*

Kenia ist einer der Staaten, in denen im Rahmen der neues EU-Mission (RMCB) die Küstenwache ausgebildet werden soll. In Deutschland werden kenianische Offiziere regelmäßig in Ausbildungszentren der Bundeswehr fortgebildet (BT-Drs. 17/7705 vom 11.11.2011).

Äthiopien:

Äthiopien erhält u.a. von Deutschland Militär- und Polizeihilfe. 2010 finanzierte Deutschland die Ausbildung von Polizisten für die somalische Übergangsregierung in Äthiopien, hinzu kommt die Ausbildung zahlreicher hochrangiger äthiopischer Soldaten in Deutschland. Zudem bot die Bundesregierung dem äthiopischen Militär Anfang 2011 ein „bilaterales Kooperationsprogramm“ an, das die Ausbildung äthiopischer Soldaten in Deutschland noch intensivieren soll.[2] Auch die USA haben 2010 militärische Ausbildungshilfe – in Höhe von 336.000 US$ - in Äthiopien geleistet.[3]

Anmerkungen

1 Jeremy Prestholdt: Kenia, the United States, and Counterterrorism, africaToday 57(4), S.3-27.
2 Christoph Marischka: Schlechte Rezepte für den Golf von Aden, AUSDRUCK, Januar 2011, S. 1- 3.
3 GAO: International Military Education and Training, Oktober 2011.

dass sich in der Nähe des Lagers ein Stützpunkt der Al Shabaab befand und manche Milizionäre im Flüchtlingslager Schutz suchten. Die Kämpfe haben aber vor allem dafür gesorgt, dass Menschen erneut fliehen mussten. Vor allem nach Kismayo flüchten immer mehr Menschen, die allerdings dort kaum versorgt werden können.[23] Das Ziel der kenianischen Armee ist diese Hafenstadt, die aber gleichzeitig die wichtigste Einnahmequelle und wichtigster Standort der Al Shabaab ist. Daher ist zu befürchten, dass bei dem Kampf um Kismayo erneut Zivilisten zu Schaden kommen. Die Reaktionen der Internationalen Gemeinschaft zeigen, dass nicht nur Frankreich und die USA die Intervention stillschweigend akzeptieren: „Einzig die EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, forderte die Konfliktparteien auf, Zivilisten zu schonen. Diese zaghafte Mahnung verhallte ebenso ungehört wie ein Statement des UN-Kinderhilfswerk (UNICEF), wonach in den umkämpften Gebieten zunehmend Kinder im Kreuzfeuer ums Leben kommen“.[24]

Offizielle Begründung der militärischen Intervention in Somalia war die Befürchtung, Al Shabaab könnte in Kenia zunehmend Anschläge verüben und Ausländer entführen. Beides wurde vor allem als schädlich für den kenianischen Tourismussektor angesehen. Allerdings hat sich die Gefahr von Anschlägen durch die Al Shabaab mit dem Einmarsch in Somalia deutlich erhöht. Bereits wenige Tage nach dem Beginn der Operation Linda Nchi explodierten in Nairobi zwei Bomben, die Al Shabaab wurde dafür verantwortlich gemacht. Im Dezember 2011 hat es, der UN-Nachrichtenagentur IRIN zufolge, mindestens 15 Anschläge in Flüchtlingslagern in Kenia und auf kenianische Sicherheitskräfte gegeben.[25] Diese „verstärkte Terrorgefahr“ nutzt Kibaki wiederum, um repressiver gegen tatsächliche oder vermeintliche Anhänger von Al Shabaab in Kenia vorzugehen. Davon betroffen sind besonders somalische Kenianer, die von Sicherheitskräften zunehmend drangsaliert werden.[26] Auch in anderer Hinsicht könnte der Schuss nach hinten losgehen – die Al Shabaab könnte durch die kenianische Armee gestärkt werden, wenn es ihr gelingt sich - ähnlich wie 2006 - als Verteidiger einer nationalen Einheit und gegen die gewaltsame Intervention der Nachbarstaaten zu präsentieren.

Erneute äthiopische Besatzung

Die Al Shabaab verdankt ihre einstige Popularität nicht zuletzt der militärischen Intervention Äthiopiens 2006 bi 2008. Nach dem Sturz der Union Islamischer Gerichtshöfe und der anschließenden Besatzung des Landes durch äthiopische Truppen wurde im 2008 geschlossenen Friedensvertrag von Dschibuti explizit festgeschrieben, dass zwar eine mit UN-Mandat versehene Truppe entsandt werden sollte, um die TFG zu schützen. Soldaten der Nachbarstaaten Somalias waren von einer solchen Truppe allerdings explizit ausgeschlossen. Dennoch hat Äthiopien seither immer wieder, auch militärisch, mehr oder weniger direkt in den Konflikt in Somalia eingegriffen. Anfang 2010 bildete und rüstete Äthiopien, finanziert in erster Linie durch Deutschland, 1000 Polizisten für die TFG aus. Der Bundesregierung zufolge sollten diese Polizisten nach Mogadischu gebracht werden[27], um dort der TFG unterstellt zu werden. Allerdings kamen sie dort bis heute nicht an, sondern befanden sich zumindest Mitte 2010 in der Provinz Gedo, die sowohl an Kenia als auch an Äthiopien angrenzt.[28] Die Region wird beherrscht von einer Miliz namens Ahlu Sunna Wal Jama’a (ASWJ), die dort gemeinsam mit Äthiopien gegen die Al Shabaab kämpft. Auf Vermittlung der äthiopischen Regierung war kurz vor der Verbringung der 1000 Polizisten nach Gedo ein Abkommen zwischen der TFG und der

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

ASWJ geschlossen worden, worin die International Crisis Group allerdings vor allem ein Zweckbündnis sieht, das auch schnell wieder auseinanderbrechen könnte: „Die Beziehungen zwischen ASWJ und der TFG sind geprägt durch Misstrauen und der Notwenigkeit sich gegen Al Shabaab zusammenzutun".[29]

2011 gab es immer wieder lang anhaltende Kämpfe zwischen der ASWJ und der Al Shabaab, bei denen nicht nur Hunderte von Zivilisten starben,[30] sondern auch Tausende von Menschen, die zuvor aufgrund der Hungersnot in die Region geflohen waren, erneut vertrieben wurden.[31] Im November 2011 schließlich marschierte auch die äthiopische Armee in Somalia offiziell ein, um sowohl die ASWJ als auch die kenianische Armee zu unterstützen. Seither befinden sich mehrere tausend äthiopische Soldaten in Somalia, die Ende 2011 die Stadt Beledweyne einnahmen. Erneut starben Zivilisten und etliche weitere wurden vertrieben.[32] Der äthiopische Premier Zenawi kündigte bereits an, man gedenke die Truppen solange in Somalia zu stationieren, bis die AMISOM die Region kontrolliere.[33]

Von der Internationalen Gemeinschaft war abermals kaum Kritik an dem Vorgehen der äthiopischen Regierung zu hören. Der US-Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, Johnnie Carson, hatte zwar Ende 2011 Kenia und Äthiopien darauf hingewiesen, dass das unilaterale Vorgehen der beiden Länder in Somalia insofern gefährlich sein könnte, als dass die Unterstützung für Al Shabaab in der somalischen Bevölkerung wieder zunehmen könnte. Viel besser sei es, wenn sich die äthiopischen und kenianischen Truppen an der AMISOM beteiligen würden.[34] Davon abgesehen, dass Carson damit lediglich den Rahmen des militärischen Eingreifens, nicht aber das Eingreifen an sich kritisierte, rief er nicht nur die Regierungen der beiden Nachbarstaaten Somalias, sondern auch die AMISOM selbst dazu auf, gegen eine grundlegende Übereinkunft des Friedensvertrags von Dschibuti zu verstoßen.

AMISOM und die internationale Besatzung Mogadischus.

Die Truppen der AMISOM wurden bisher ausschließlich in Mogadischu eingesetzt. Ihre Aufgabe besteht darin, die Übergangsregierung mit „allen notwendigen Mitteln" zu schützen. Faktisch ersetzte sie die äthiopischen Truppen, die aufgrund des Friedensvertrags von Dschibuti, Somalia 2008 verlassen mussten. Insofern verwundert es nicht, dass Al Shabaab, die an den Friedensverhandlungen und vor allem auch an der Vergabe von Posten innerhalb der neuen Übergangsregierung nicht beteiligt war, die AU-Mission als eine „Fortsetzung der Besatzung durch Äthiopien" bezeichnet.[35] Damit handelte es sich bei der Truppe von Anfang an in keinster Weise um eine neutrale „Friedensmission", was dazu führte, dass die AMISOM-Truppen fast täglich gegen die Al Shabaab in Mogadischu kämpften. Beide Kriegsparteien beschossen dabei immer wieder wahllos Wohngebiete und Märkte[36]. Wie viele Zivilisten dabei getötet wurden, ist vollkommen unklar.

Von Anbeginn an hatte die Mission die volle Unterstützung der USA und der EU, die in ihr die Möglichkeit sehen, militärisch in den Konflikt einzugreifen, ohne westliche Soldaten nach Somalia schicken zu müssen. Die Finanzierung der Mission übernahmen die EU – die ihren Beitrag vorrangig aus dem Entwicklungshilfetopf bezahlt - und die USA. Die EU-Gelder werden vor allem für die Ausbildung und die Löhne der AMISOM-Soldaten verwendet. Die USA bezahlt in erster Linie die Ausrüstung. Neben der direkten Finanzierung der Mission spielen auch die von der EU und den USA finanzierten und teilweise geleiteten Ausbildungszentren und -lehrgänge für Soldaten aus Ostafrika eine wichtige Rolle.[37]

Bis Ende 2010 bestand die Mission nur aus wenigen tausend ugandischen und burundischen Soldaten. Erst nach dem Anschlag der Al Shabaab in der ugandischen Hauptstadt Kampala im Juni 2010, bei dem 70 Menschen getötet wurden, stockte Uganda die Truppen auf, sodass bis Ende 2010 die Mandatsobergrenze von 8000 Soldaten erreicht war. Der UN-Sicherheitsrat mandatierte daraufhin die Entsendung von bis zu 12.000 Truppen. Dabei bleibt er deutlich unter der Forderung der Afrikanischen Union und der Regionalorganisation für Ostafrika (IGAD), die eine Aufstockung auf 20.000 Soldaten und die Ausweitung des Mandats auf ganz Somalia gefordert hatten[38]. Seit Ende 2011 sind fast 10.000 AMISOM-Soldaten in Mogadischu stationiert. Dazu zählen inzwischen auch 200 Soldaten aus Dschibuti[39], womit erstmals Truppen eines Nachbarstaates an der Mission teilnehmen. Es gibt zudem Pläne, die kenianischen Soldaten, die sich in Somalia befinden, der AMISOM zu unterstellen. Das kenianische Parlament hat dies bereits im Dezember 2011 genehmigt. Ein solcher Schritt würde allerdings nicht nur eine weitere Verletzung des Friedensvertrags von Dschibuti bedeuten. Es wäre auch zu erwarten, dass die AMISOM - und mit ihr die TFG - weiter an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren würde.[40]

Bei Al Shabaab und AMISOM handelt es sich allerdings nicht um die einzigen bewaffneten Gruppen in Mogadischu. Es kommen weitere „Sicherheitskräfte" und Milizen hinzu: Die Internationale Gemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, der TFG einen Sicherheitsapparat an die Hand zu geben, der langfristig die Kontrolle im Land übernehmen soll. Die International Crisis Group schätzte die Stärke der „Sicherheitskräfte" - eine Unterscheidung zwischen Polizei und Armee ist selbst der Bundesregierung zufolge kaum möglich[41] – Mitte 2010 auf insgesamt 3000 Mann, wobei die Beurteilung des Zustands der Sicherheitskräfte nicht besonders positiv ausfiel: „Dem Sicherheitssektor der TFG fehlt allgemein Struktur, Organisation und eine funktionierende Befehlskette. Einer internationalen Untersuchung zufolge, 'bleibe die Kultur, die Mentalität und das Verhalten der Milizen in der Armee bestehen'. Die Ausbildung durch die AMISOM und andere internationale Partner hat es nicht geschafft, diese Mängel zu beheben […] Aufgrund von Korruption und Ineffizienz, wurden vielen Soldaten der Sold nicht ausbezahlt. In der Vergangenheit verkauften viele Soldaten und Polizisten der TFG ihre Waffen und sind zu den Aufständischen übergelaufen".[42]

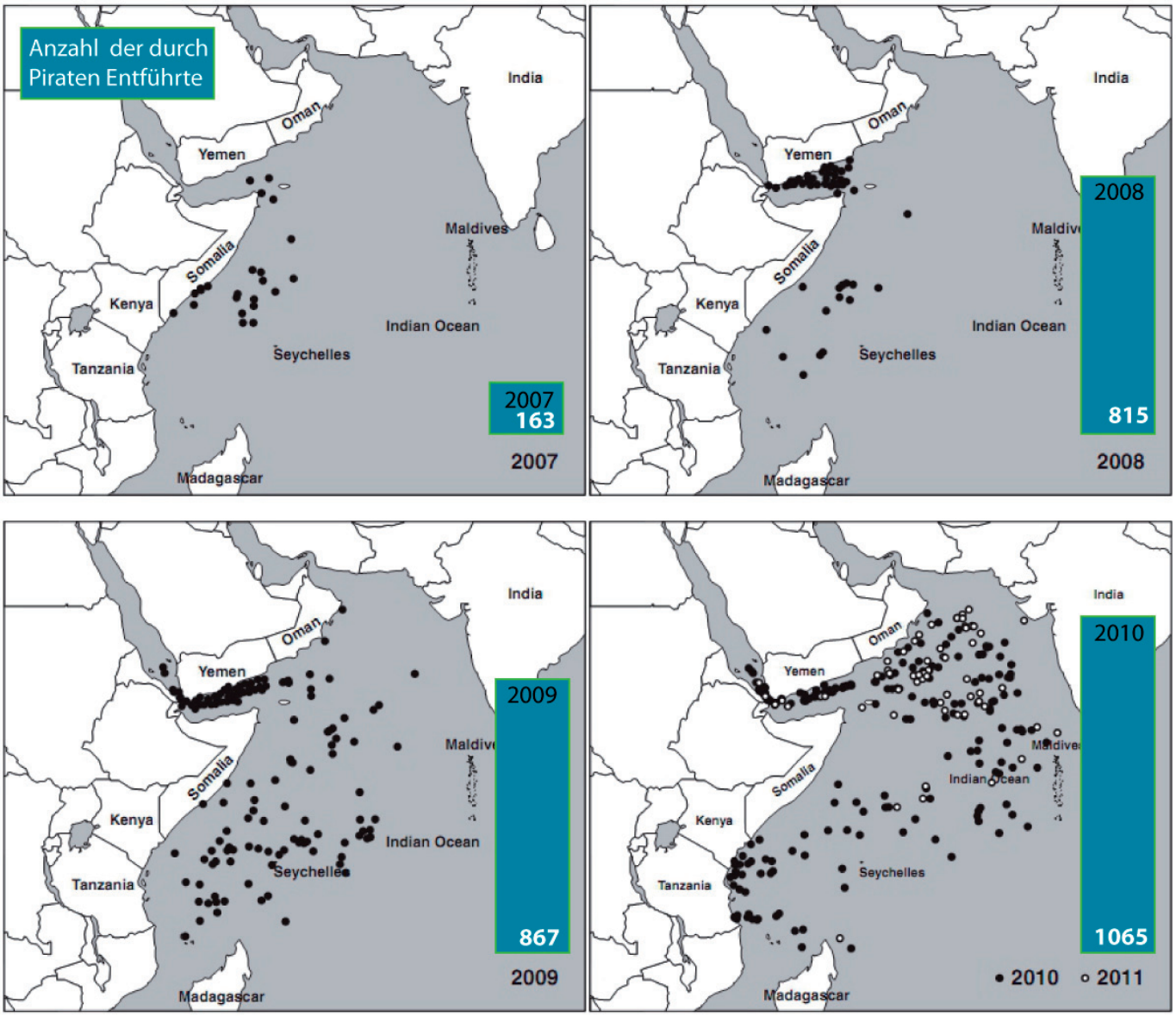
Einige der Soldaten, die in Mogadischu gemeinsam mit der AMISOM gegen die Al Shabaab kämpften, wurden im Rahmen einer EU-Mission (EUTM) ausgebildet. Diese Mission bildete

Die Finanzierung der AMISOM

Die Europäische Union finanziert zu großen Teilen die AU-Mission in Somalia. Zwischen 2007 und Juli 2012 wurden 325 Millionen Euro bereitgestellt. Diese Gelder stammen aus dem Europäischen Entwicklungsfond und zum geringeren Teil aus dem Fond des „Instruments für Stabilität" (4,7 Mio.€).[1] Deutschland finanzierte zusätzlich mit 4,9 Millionen, die USA mit 45 Millionen Euro Ausrüstung für die AMISOM-Truppen.[2]

1 EEAS: Four new EU programmes strengthening African capacities in peace and security, 30.01.2012; URL: http://eeas.europa.eu

2 Human Rights Watch: You don't know who to Blame – War Crimes in Somalia, 14.08.2011.



Punkte kennzeichnen Piratenübergriffe am Horn von Afrika 2007-2011, die Balken, die jeweils gefangen genommenen Seeleute 2007-2010, Karte: GAO-11-449T, Ergänzungen IMI

seit Mitte 2010 junge somalische Männer in Bihanga (Uganda) zu Soldaten aus, um sie dann nach Mogadischu zu schicken.[43]

In den ersten beiden Ausbildungszyklen wurden fast 2000 Milizionären zu Soldaten. Diese Verwandlung wird eindrucksvoll in der Zeitschrift des EU-Militärstabs „Impetus" beschrieben: „[der Rekrut Hussain] war sich nicht ganz sicher, was das Training [in Bihanga] beinhalten würde, aber er wollte so schnell wie möglich nach Hause zurückkehren, um weiter zu kämpfen, denn sein Leben ist der Kampf, er hat nie etwas anderes kennen gelernt. Er wurde mitten im Krieg geboren, in dem ärmsten Land der Welt und er kann sich ein Leben ohne Krieg und ohne Kampf nicht einmal vorstellen. Das Leben im Bihanga Trainingszentrum unterscheidet sich sehr von allem, was Hussain bis dahin erlebt hatte. Es handelte sich um die intensivste Betätigung seines Lebens: 14 Stunden pro Tag, sechs Tage die Woche. Das Training [ ] ist kein Spiel, die Rekruten werden von professionellen Soldaten ausgebildet, hier werden Soldaten für den Kampf ausgebildet, der Kampf ist hart und dementsprechend hart muss auch die Ausbildung sein".[44] Die in Uganda ausgebildeten Soldaten sind von der US-Armee inzwischen nach Mogadischu geflogen worden und sind dort der AMISOM unterstellt. Wie viele der Soldaten noch für die TFG kämpfen, ist unklar. Ebenso gibt es keine Informationen darüber, wie viele Soldaten inzwischen getötet wurden, desertierten oder zu den Aufständischen übergelaufen sind.

Allerdings konnte die Al Shabaab Anfang August 2011 aus Mogadischu offiziell vertreiben werden. Vorhergegangen waren monatelange Kämpfe, bei denen beide Parteien den Tod von Zivilisten zumindest billigend in Kauf genommen haben und diese als Schutzschilder nutzen.[45] Vor allem bei dem Versuch der AMISOM, den von Al Shabaab kontrollierten Bakara Markt einzunehmen, wurde immer wieder wahllos auf Zivilisten geschossen. An dieser Offensive haben auch Soldaten teilgenommen, die im Rahmen von EUTM ausgebildet wurden.[46] Der Rückzug der Al Shabaab bedeutet aber keinesfalls das Ende der Kampfhandlungen in der Stadt. Vielmehr hat das Verschwinden des gemeinsamen Feindes dazu geführt, dass nun die Milizen, die die TFG unterstützten, sich gegenseitig bekämpfen. Die New York Times zitiert einen AMISOM-Offizier mit den Worten: „Was alle geeint hat [der Kampf gegen die Al Shabaab] ist nun fort. Alle diese Menschen, die sich zusammengefunden haben, um die Al Shabaab zu bekämpfen, beginnen sich nun gegenseitig zu bekämpfen. Wie waren darauf nicht vorbereitet, das ging zu schnell".[47] Dem Zeitungsbericht zufolge ist die Reaktion der USA, nun explizit einzelne „lokale Sicherheitskräfte" parallel zu wie auch immer gearteten offiziellen Sicherheitskräften der TFG zu finanzieren. Berichtet werden aber nicht nur Kämpfe zwischen zuvor verbündeten bewaffneten Gruppen, sondern auch von Übergriffen dieser Gruppen auf die Zivilbevölkerung – vor allem auch in

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

den Flüchtlingslagern.[48]

Geheimdienste, Spezialeinheiten und gezielte Tötungen – der verdeckte Krieg der USA in Somalia

Neben den so genannten „Polizisten" und „Soldaten", agiert auch ein somalischer Geheimdienst in Mogadischu, der – unter Verweis auf den „Krieg gegen den Terror" – von den USA finanziert und ausgebildet wird. Zudem soll sich - der US-amerikanischen Zeitschrift „The Nation" zufolge - in Mogadischu ein Geheimgefängnis befinden, was sowohl von somalischen als auch von amerikanischen Geheimdiensten zur Durchführung von Verhören Terrorverdächtiger genutzt wird, die aus den unterschiedlichen Staaten am Horn von Afrika dorthin gebracht werden.[49] Mitte 2010 erklärte der oben bereits erwähnte US-Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten Johnnie Carson gegenüber der New York Times, es seien keine US-Bodentruppen in Somalia. Seine Begründung: „Es gibt Grenzen der äußeren Einmischung und es gibt genügend Möglichkeiten lokale Kräfte für diese Arbeit zu bezahlen". Gleichzeitig zitiert die Zeitung einen Beamten der US-Regierung, der Luftschläge und den Einsatz von Spezialeinheiten ankündigte, die „reingehen, zuschlagen und wieder rausgehen".[50]

Tatsächlich hat der Einsatz von US-Drohnen in Somalia in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Auch wenn die US-Regierung behauptet, die Drohnen die von Basen in Äthiopien und den Seychellen starten, würden lediglich Aufklärungsdaten liefern, so wird immer wieder von gezielten Tötungen mutmaßlicher Al Shabaab und Al-Qaida-Kämpfer durch Drohnen berichtet. Die International Crisis Group berichtet immer wieder von diesbezüglichen Hinweisen der lokalen Bevölkerung. Im November 2011 seien bei einem Drohnenangriff in Kismayo 50 Menschen, im Januar 2012 ein Al-Qaida Führer in Mogadischu getötet worden. Die US-Regierung bestätigte allerdings den Einsatz von US-Spezialeinheiten (die Navy Seals) am 25. Januar 2012 in Galkayo, bei dem zwei von somalischen Piraten entführte Entwicklungshelfer befreit wurden.[51]

Das Piratenproblem repressiv „lösen"

Während in Somalia vor allem afrikanische Soldaten mit der finanziellen, nachrichtendienstlichen und logistischen Unterstützung des Westens gegen die Al Shabaab kämpfen, kreuzen vor den Küsten Somalias in erster Linie Marineschiffe der EU und der NATO, um militärisch gegen die Piraterie vorzugehen. Nachdem 2008 von der Internationalen Gemeinschaft bekräftigt worden war, dass es sich bei der TFG um die legitime Vertretung der somalischen Bevölkerung handele, lud diese über den UN-Sicherheitsrat alle Marinen, die ein Interesse an einer „reibungslosen (Handels)schifffahrt"[52] hätten, dazu ein, in den Hoheitsgewässern Somalias militärisch gegen die Piraten vorzugehen. Seither befinden sich neben den Kriegsschiffen, die im Rahmen der EU-Mission „Atalanta" und der NATO-Mission „Operation Ocean Shield" entsandt werden, auch zahlreiche weitere Marineschiffe anderer Nationen vor Ort. Das Ziel, die Piraterie zu bekämpfen, indem die Piraten abgeschreckt werden, hat allerdings trotz dieser beeindruckenden Armada nicht funktioniert. Die Piraten sind vielmehr professioneller geworden: die hohe Dichte an Marineschiffen nahe der somalischen Küste hat lediglich dazu geführt, dass die Piraten mit deutlich besseren Schiffen als früher auch in großer Distanz zum Festland agieren können. Die Präsenz von Soldaten und von privaten Sicherheitskräften auf den zivilen Schiffen hat zur Folge, dass auch die Piraten sich besser bewaffnen und die Situation immer häufiger eskaliert, wenn Piraten ein Schiff angreifen.[53]

Die offensichtlichen Misserfolge der militärischen Piratenbekämpfung führen weder in der EU noch in der NATO dazu, das gesamte Konzept zu überdenken. Vielmehr werden die Ursachen für das Scheitern offenbar darin gesehen, nicht ausreichend repressiv gegenüber den Piraten vorgehen zu können, was zum einen an der Größe des zu überwachenden Gebiets und zum anderen an der geringen Möglichkeit, die Piraten adäquat zu bestrafen, liege: „Die Festnahme, Überführung und Verurteilung von Piraten hat sich in der Praxis als extrem schwierig erwiesen. Von der Marine gestoppte, mutmaßliche Piraten können der Verhaftung oft schon entgehen, indem sie ihre Waffen und Mobiltelefone über Bord werfen. […] Eine Verurteilung ist in der Regel nur möglich, wenn Piraten an Bord eines gekaperten Schiffes festgenommen werden können. Die Suche nach einer geeigneten Gerichtsbarkeit erschwert die strafrechtliche Verfolgung zusätzlich: Verfahren in westlichen Ländern haben auf einen somalischen Piraten eine wohl eher anziehende als abschreckende Wirkung, wenn nach Verbüßen der Strafe die Aussicht auf politisches Asyl besteht".[54]

Aus diesem Grund hat sich vor allem die EU darum bemüht, mit verschiedenen Staaten in der Region Abkommen abzuschließen, die es ermöglichen, mutmaßliche Piraten an sie auszuliefern. Ein erstes Abkommen wurde 2009 mit Kenia geschlossen, obwohl der UN-Menschenrechtsbericht in eben jenem Jahr die Situation der dortigen Justiz und der Gefängnisse aufs schärfste verurteilt hatte. Im Gegenzug zur Übernahme der Piraten erhielt Kenia von dem Büro der UN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) Gelder zur Verbesserung des Justiz- und Gefängnissektors. Obwohl sich die Menschenrechtssituation den Jahresberichten von Human Rights Watch zufolge nicht verbesserte, kündigte nicht die EU, sondern Kenia – mit dem Verweis auf seine überfüllten Gefängnisse – das Abkommen 2010 auf. Ähnliche Vereinbarungen wurden mit den Seychellen und Mauritius geschlossen – auch diese Staaten werden von der UNODC finanziell unterstützt. Der Bundesregierung zufolge steht ein Abkommen mit Tansania noch aus.[55]

Das zweite Phänomen, das als Ursache für das Scheitern der militärischen Piratenbekämpfung angesehen wird, ist der Radius, in dem die Piraten agieren. In Reaktion darauf wurde das Einsatzgebiet von Atalanta in den letzten Jahren immer weiter ausgeweitet. Zudem beschloss der Rat der Europäischen Union vor wenigen Wochen eine neue Mission (Regional Maritime Capacity Building - RMCB) am Horn von Afrika und im Indischen Ozean. In diesem Rahmen sollen die maritimen Kapazitäten Dschibutis, Kenias, Tansanias, Mozambiques, der Seychellen, Mauritius und des Jemen ausgebaut werden. Zudem sollen in den semi-autonomen somalischen Regionen - Somaliland und Puntland - die jeweiligen Küstenwachen ausgebildet und ausgerüstet werden. Weiterhin soll ein Justizsektor aufgebaut werden, um eine Auslieferung von Piraten zu ermöglichen.[56] Zur Ausgestaltung der Mission wurden im Januar 2012 in einige der Staaten Erkundungsmissionen entsandt, die den „Ausbildungs- und Unterstützungsbedarf in der Region prüfen"[57] sollen. Zur Umsetzung der Mission „sollen u.a. auch europäische ‚Trainings- und Unterstützungsteam' zum Einsatz kommen, um die Sicherheitskräfte aller beteiligten Länder ‚bei der Arbeit' (training-on-the-job) und ‚vor Ort' (training-on-location) auszubilden und zu unterstützten".[58]

Die Eskalation der Gewalt und die Rolle der TFG

Angesichts der Tatsache, dass – unter der stillschweigenden Zustimmung der Internationalen Gemeinschaft – in den letzten

Monaten verschiedene ausländische Militärs in Somalia einmarschierten und einzelne Teile des Landes faktisch unter ihre Kontrolle brachten und die Autonomie der semi-autonomen Regionen mit der neuen EU-Mission weiter gestärkt wird, stellt sich die Frage, welche Rolle der TFG von der Internationalen Gemeinschaft eigentlich noch zugesprochen wird.

Ihre Amtszeit endete offiziell im August 2011. Im Februar 2011 hatte das somalische Parlament das Mandat der Übergangsregierung allerdings um drei Jahre verlängert. Da dies nicht entsprechend mit den „Geberländern" abgesprochen war, reagierten vor allem die USA und die EU erbost. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton erklärte: "Ich bedauere die unilaterale Entscheidung des somalischen Parlaments, sein Mandat um drei Jahre zu verlängern. Die Entscheidung wurde übereilt getroffen, ohne die angemessenen Beratungen".[59]

Anders hingegen urteilte die IGAD, die Regionalorganisation Ostafrikas, die die Verlängerung des Mandats für das Parlament, nicht hingegen der Regierung, begrüßte. Dem privaten Nachrichtendienst Stratfor war aber schon einen Tag nach dem eigenmächtigen Schritt des Parlaments klar, wer sich durchsetzen würde: „[Die unterschiedlichen Reaktionen der Internationalen Gemeinschaft] zeigen letztlich, dass IGAD das endgültige Mandat [der TFG] legitimieren wird, wie auch immer es aussehen wird, aber die AU und die UN werden in Verhandlungen hinter geschlossenen Türen mit den USA und Äthiopien aushandeln, wie dieses Mandat aussehen soll".[60] Einige Monate später trafen sich dann auf Vermittlung und unter Anwesenheit des Sondergesandten der UN für Somalia, Augustine Mahiga, und des ugandischen Präsidenten Yuweri Musevini, der TFG-Präsident Sharif Sheikh Ahmed und der Sprecher des Parlaments in Kampala (Uganda) und unterzeichneten ein Abkommen, das die „Verlängerung" des Mandats auf ein Jahr beschränkt. Zudem wurde vereinbart, dass der Premier innerhalb von 30 Tagen zurücktreten solle und ein neuer bestimmt werde. Daraufhin protestierten tausende von Menschen in Mogadischu gegen das Kampala-Abkommen und die Absetzung des Premiers. Als Folge wurden zahlreiche Menschen festgenommen und einige Menschen wurden getötet.[61] Der Bürgermeister Mogadishus, Mohamed Nur, begründet die Wut der Menschen folgendermaßen: "Wir haben ein Problem damit, dass sich zwei Menschen treffen und die Zukunft der Regierung bestimmen, ohne die Meinung der Bevölkerung zu berücksichtigen".[62] Die „Internationale Gemeinschaft" begrüßte hingegen die „Einigung": am 19. Juni 2011 trat der Premier zurück.[63] „Das Treffen [in Kampala] war weder 'konsultativ' noch ein Somali-Somali Dialog. Es war der direkte Versuch der Internationalen Gemeinschaft den Transitionsprozess zu übernehmen und zu beenden. Die Internationale Gemeinschaft hat weder die Zeit noch die Ressource ‚Nation-building' in Somalia zu betreiben (das hat sie niemals getan, aber sie hat damit gespielt). Die einzelnen Akteure haben nicht einmal eine bevorzugte Lösung. Sie wollen bloß eine Regierung, mit der sie verhandeln können und die in Terrorfragen mit ihr kooperiert. Somalische Interessen spielen in ihren Überlegungen keine Rolle".[64]

Vernetzte Sicherheit am Horn von Afrika: Trial an Error

Die Region um das Horn von Afrika ist für den globalen Waren- und Rohstoffhandel von zentraler Bedeutung, was einer der wichtigsten Gründe der Präsenz unzähliger Soldaten, Milizen, Geheimdienstler, Polizisten etc. ist. Allerdings scheinen vor allem die Europäische Union und die USA die Region auch als Testfeld einer neuen Form des Krisenmanagements zu begreifen. Die zur Verfügung stehenden Instrumente werden hier getestet und mit einander kombiniert: der Aufbau und Unterstützung von lokalen Stellvertretern, die den riskanten Einsatz am Boden übernehmen; die Ausrüstung und Ausbildung somalischer Soldaten, die einer Regierung unterstehen, die nur aufgrund der Stützung durch die Internationale Gemeinschaft existiert; der Einsatz eigener Spezialeinheiten; die gezielte Tötung einzelner Personen durch Drohnen; die Gewährleistung Humanitärer Hilfe, die so eingesetzt wird, dass sie auch den eigenen Interessen entspricht; die Entsendung zahlreicher Kriegsschiffe zur Kontrolle einer strategisch wichtigen Meerenge über einen längeren Zeitraum; der Einsatz verschiedener Instrumente zur Gewinnung von Informationen etc.

Legitimiert wird der Einsatz all dieser Instrument „humanitär" also mit der Not der Menschen in Somalia und der Region. Vor allem im Umgang mit der Hungersnot, die nicht ganz unwesentlich auch die Folge einer verheerenden Weltwirtschaftsordnung ist, zeigte sich allerdings, wie wenig es den westlichen Regierungen um die Menschen in der Region wirklich geht.

Anmerkungen

1 Council of the European Union: Council conclusions on the Horn of Africa, Brüssel, 14.11.2011, S.1.

2 Belgium – EU to reactivate its Operations Centre in the Horn of Africa, Afrique en ligne, 25.02.2012.

Enterübung auf der Fregatte Köln, Foto: Regierung der Vereinigten Staaten, US Navy

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

3 Hungerkrise in Somalia – Al Shabaab rückt aus Mogadischu ab, FAZ.net, 06.08.2011
4 Mit Al Shabaab wurde ursprünglich der radikalere – vor alle aus Jugendlichen bestehende – Teil der UIC bezeichnet. Allerdings konnte man schon damals nicht von einer einheitlichen Gruppe sprechen. Zudem werden inzwischen alle Milizen, die gewaltsam gegen die TFG vorgehen, als Al Shabaab bezeichnet – vor allem in westlichen Medien (William J. Garvelink: The Focus on the Horn of Africa Should be on the Famine in Somalia, Center for Strategic and International Studies, 07.11.2011).
5 Somalia - Al-Shabab ban on agencies threatens aid, IRIN-News, 28.11.2011.
6 Alex Perry: The Collateral Crisis in Somalia, Time-Magazine, 17.09.2011.
7 Christoph Marischka: Eine Hungerkatastrophe als Gelegenheitsfenster, IMI-Standpunkt 2011/042.
8 Ej Hogendoorn: Better US response to Somalia famine could fix misperceptions, Christian Science Monitor, 03.10.2011.
9 Andrew Harding: Mogadishumachinations: Is the famine an opportunity?, BBC, 03.08.2011.
10 Office of Foreign Assets Control: Frequently asked questions regarding private relief efforts in Somalia, 04.08.2011.
11 Ej Hogendoorn: Better US response to Somalia famine could fix misperceptions, Christian Science Monitor, 03.10.2011.
12 Oxfam, u.a.: Put people before politics to save lives in Somalia, urge agencies, 21.09.2011.
13 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Humanitäre Katastrophe und politisch-militärische Interessen in Somalia; BT-Drs: 17/7705
14 Kenyan President Mwai Kibaki on the Famine in Somalia, Todays-African News, 30.09.2011.
15 Jean-Philippe Rémy: Kenya develops plan for satellite region of Jubaland on Somali border, The Guardian, 08.11.2011.
16 Kenyan Offensive Is Not Welcome, Somalia's President Says, New York Times, 24.10.2011.
17 Kenia rekrutierte junge Somalis offenbar auch in Flüchtlingscamps in Kenia für den Kampf gegen die Al Shabaab (Human Rights Watch: Kenya - Stop Recruitment of Somalis in Refugee Camps, 22.10.2009).
18 Are Kenyans seeking a buffer zone in Somlia?, BBC, 28.10.20111.
19 Daniel Branch: Why Kenya Invaded Somalia, Foreign Affairs, 15.11.2011.
20 Knut Mellenthin: Ja zur Intervention, Junge Welt, 29.10.2011.
21 Ethiopia and Kenia differ on Somalia, Daily Nation, 05.12.2010.
22 France to support Kenya's incursion into Somalia, BBC, 25.10.2011.
23 Somalia: Kismayo IDPs face hunger, drug shortage, IRIN-News, 20.12.2011.
24 Andrea Böhm: Somalia: Der Krieg, den keiner sehen will, Die ZEIT online, 21.11.2011.
25 Kenya-Somalia: Paying high price for military incursion, IRIN-News, 13.01.2011.
26 Human Rights Watch: Kenya – Human Rights Concern of Operation ‚Linda Nchi', 18.11.2011 und Jeremy Prestholdt: Kenia, the United States, and Counterterrorism, africaToday 57(4), S.3-27.
27 Antwort von Staatsminister Dr. Werner Hoyer auf eine Schriftliche Frage der Abgeordneten Sevim Dagdelen am 28.10.2010, BT-Drs 17/3565; S.1.
28 Mit deutschem Geld ausgebildete Polizisten – An der somalischen Bürgerkriegsfront, taz, 13.08.2010.
29 International Crisis Group: Somalia's Divided Islamists, Africa Briefing Nr. 74, 18.05.2010, S.14.
30 Wikipedia-Eintrag zu Battle of Gedo (2011); URL: www.en.wikipedia.org
31 Somalia: Drought IDPs forced to flee fighting in border town, IRIN-News, 22.09.2011.
32 Shabab fighters ‚driven out' of Somali city, Al Jazeera english, 31.12.2011.
33 Ethiopia: Troops Will Remain in Somalia Until Reinforcements From African Union Arrive, New York Times, 27.01.2012.
34 US supports Kenya, Ethiopia joining Amisom forces, The Standard, 22.11.2011.
35 International Crisis Group: Somalia's Divided Islamists, Africa Briefing Nr. 74, 18.05.2010.
36 Human Rights Watch: ‚You don't know who to blame' – War Crimes in Somalia, August 2011.
37 Jonna Schürkes: Arming Somalia, AUSDRUCK, 02/2010, S. 17-20.
38 Knut Mellenthin: Intervention gefordert - Die von Äthiopien dominierte nordostafrikanische Staatengemeinschaft IGAD will Somalia zum Schauplatz eines internationalen Krieges machen, Junge Welt, 28.11.2011.
39 Djibouti troops join AU forces in Somalia, BBC, 20.12.2011
40 International Crisis Group: Somalia's Divided Islamists, Africa Briefing Nr. 74, 18.05.2010.
41 Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht der 86. Sitzung, 26.01.2011, Plenarprotokoll 17/86.
42 International Crisis Group: Somalia's Divided Islamists, Africa Briefing Nr. 74, 18.05.2010, S.14.
43 Jonna Schürkes: Arming Somalia- Die neue ESVP-Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten, AUSDRUCK, 2/2010, S. 17-20.
44 Fernando Moreno: EUTM trained soldiers – first intake return to Somalia, IMPETUS – Bulletin of the EU Military Staff, Herbst/Winter 2011, S. 20.
45 Human Rights Watch: ‚You don't know who to blame' – War Crimes in Somalia, August 2011.
46 Delegation of the European Union to Uganda: Handover Ceremony of EUTM Command between Col Elul (Spain) and the Col Beary (Ireland), 08.08.2011; URL: http://www.deluga.ec.europa.eu
47 Jeffrey Genttleman: As an Enemy Retreats, Clans Carve Up Somalia, New York Times, 09.09.2011.
48 Amnesty International: Somalia - A humanitarian and human rights catastrophe, 26.09.2011.
49 Jeremy Scahill: The CIA's Secret Sites in Somalia, The Nation, 12.07.2011.
50 Jeffrey Genttleman: U.S. Aiding Somalia in its plan to retake its capital, New York Times, 05.05.2010.
51 U.S. Swoops In to Free 2 From Pirates in Somali Raid, New York Times, 25.01.2012.
52 UN-Sicherheitsrat: Resolution 1816 (2008), 02.06.2008.
53 Kerstin Petretto: Somalia und Piraterie – keine Lösung in Sicht, weder zu Wasser noch zu Land, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Dezember 2010.
54 Anja Shortland und Marc Vothknecht: Marine-Einsatz vor Somalia – Mehr als eine Sisyphusarbeit? Wochenbericht des DIW Berlin Nr.7/2011.
55 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion: GASP-Missionen zur Pirateriebekämpfung sowie der Einsatz privater Sicherheitsdienste im Golf von Aden und Somalia, BT-Drs. 17/8110, 09.12.2011.
56 European Union External Action: Regional Maritime Capacity Building for the Horn of Africa and the Western Indian Ocean, Factsheet Januar 2012.
57 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke": Geplante GSVP-Mission zur maritimen Aufrüstung am Horn von Afrika und im indischen Ozean, BT-Drs. 17/8421, 06.02.2012.
58 Ebd.
59 European Union: Statement by the EU High Representative Catherine Ashton on the decision of Somali Parliament, 04.02.2011.
60 Stratfor: Somali Governement: What follows TFG), 03.02.2011.
61 More Clashes in Somalia; Minister Is Killed, New York Time, 10.06.2011.
62 Death of ‚Abdirahman the Canadian' investigated in Somalia, The Star, 10.06.2011.
63 United Nation: Chair's Summary – High Level Meeting on Somalia, 23.09.2011.
64 Michael A. Weinstein: Somalia: The Possibility of Balkanization, Garowe-online, 21.06.2011.